

**Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
vom 03.06.2020**

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Hebich, Martin	Oberbürgermeister
Baldauf, Christian	CDU
Baqué, Manuel	CDU
Baqué, Verena	CDU
Bindert, Gabriele	CDU
Bürkle, Uwe	CDU
Dropmann, Hans	CDU
Finke, Stephan	CDU
Haselmaier, Heike	CDU
Kühner, Daniel	CDU
Maurer, Lothar, Dr.	CDU
Schwarz, Doris	CDU
Spiegel, Lucas	CDU
Svoboda, Martin	CDU
Winkes, Daniel	CDU
Höppner, Aylin	SPD
Klodt, Uwe	SPD
Koch, Gunther	SPD
König, Adolf José	SPD
Ober, Karl	SPD
Reffert, Monika	SPD
Schiffmann, Dieter, Dr.	SPD
Sielaff, Kirsten	SPD
Werle-Schneider, Gisela, Dr.	SPD
Bruder, Gerhard, Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Gauch, Anne	Die Grünen/Offene Liste
Goschinak, Günter	Die Grünen/Offene Liste
Hatzfeld-Baumann, Ute	Die Grünen/Offene Liste
Schulze, Rainer, Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Stauffer, Monika	Die Grünen/Offene Liste
Werner, Konstantin	Die Grünen/Offene Liste
Trapp, Hartmut	AfD
Wagner, Miroslawa	AfD
Wagner, Reiner	AfD
Weber, Beate	Parteilos
Mester, Tanja	FWG
Piana, Jesko	FWG
Sturm, Charis	FWG
Börstler, Thomas	FDP
Gürtler, Arno	FDP
Schwarzendahl, David	Die Linke
Wagner, Darleen	Die Linke

(nicht stimmberechtigte)

Knöppel, Bernd	Bürgermeister
Leidig, Bernd	Beigeordneter
Berg, Linda	Verwaltung

Denzer, Marika	Verwaltung
Hoppe, Julia	Verwaltung
Kardaus, Jan	Verwaltung
Kattler, Matthias, Dr.	Verwaltung
Nitschke, Renate	Verwaltung
Umstadt, Monica	Verwaltung
Waschbüsch, Peter	Verwaltung
Weigel, Maria Lucia	Verwaltung
Wetzel, Sina	Verwaltung

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Krantz, Stefan	CDU
Schönherr, Sonja	CDU
Sturm, Rudi	FWG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr Ende der Sitzung: 20:05 Uhr
 Unterbrechung: 19:17 Uhr – 19:30 Uhr

Die Mitglieder des Stadtrates waren durch Einladung vom 27.05.2020 auf Mittwoch, den 03.06.2020 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 8 wurden in öffentlicher Sitzung, die Tagesordnungspunkte 9 bis 12 in nichtöffentlicher Sitzung im großen Saal des CongressForums Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, behandelt. Im Anschluss wurden die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Als Schriftführende wurden entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Stadtrates die Mitglieder Dr. Gerhard Bruder und Doris Schwarz bestimmt.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Oberbürgermeister Martin Hebich
(Vorsitzender)

Peter Waschbüsch
(Schriftführer)

Dr. Gerhard Bruder
(Schriftführendes Ratsmitglied)

Doris Schwarz
(Schriftführendes Ratsmitglied)

Tagesordnung

OB Hebich bittet darum, den Tagesordnungspunkt 5 im Kontext mit der Einwohnerfragestunde zu beraten. Der Stadtrat stimmt der Vorgehensweise zu.

I. Öffentliche Sitzung

Einwohnerfragestunde

Vorlagen der Verwaltung

1. Einführung des Jobtickets
Vorlage: XVII/0730
2. Weiterzahlung von Beförderungsentgelten im Rahmen der Corona-Krise
Vorlage: XVII/0786
3. Vorschlag für ein Haupttroutennetz für den Radverkehr in Frankenthal (Pfalz)
Vorlage: XVII/0317
4. Vorschlag für ein Haupttroutennetz für den Radverkehr in Frankenthal (Pfalz)
Ergänzung zur Drucksache XVII/0317
Vorlage: XVII/0683
5. Bürgerbeteiligungsprozess Pilgerpfad, Veränderte Konzeption zur Bürgerbeteiligung
Vorlage: XVII/0780

Anträge der Fraktionen

6. Kommunaler Solidarpakt 2020 - schnelle Hilfe jetzt
hier: Resolutionsantrag der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/0791

Anfragen der Fraktionen

7. Zukunft der Fachstelle Sucht und Beratung
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/0787
8. Öffnung der Kindertagesstätten
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/0788

II. Nichtöffentliche Sitzung

Vertrags- und Personalangelegenheiten

III. Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung



XVII. Wahlperiode 2019 – 2024

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Einwohnerfragestunde

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Protokoll:

Herr Heiko Jünger und Herr Herbert Hildebrandt stellen ihre beigefügten Einwohnerfragen.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Zu Herrn Jünger:

Der Inhalt der heutigen Beschlussvorlage und des angesprochenen Schreibens der Verwaltung entspricht der Beschlusslage des Stadtrats. Es fehlte in dem Schreiben der Hinweis darauf, dass der Stadtrat heute über das „coronafeste“ Beteiligungskonzept informiert wird. Dies ergibt sich allerdings aus dem Zusammenhang des bisherigen Beteiligungsprozesses, dass der Stadtrat regelmäßig und bei Bedarf informiert wird. Da es aktuell wegen Corona Anpassungsbedarf gibt ist es legitim und notwendig, den Stadtrat darüber in Kenntnis zu setzen. Die Anpassungen sind erforderlich, um den Zeitplan des Beteiligungskonzeptes einzuhalten. Es handelt sich bei der heutigen Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt 5 um einen Vorschlag der Verwaltung. Inwieweit der Stadtrat diesem Vorschlag folgt, liegt in dessen Entscheidungshoheit. Das neue Beteiligungskonzept sieht neben den neuen digitalen Formaten auch weiterhin persönliche Gespräche vor. Er bekräftigt, dass die Aussage „Es werden durch die digitalen Beteiligungsprozesse ganze Bevölkerungsteile ausgeschlossen“ so nicht richtig sei. Die Bürgerinitiative wurde darüber informiert, dass es neben der Onlinebefragung auch möglich sein wird, die Fragebögen in Papierform auszufüllen. Es sollen auch weiterhin Gespräche vor Ort geführt werden. Die digitalen Beteiligungsformen sollen das ursprüngliche Konzept ergänzen und nicht ersetzen. Die einzelnen Bausteine des neuen Beteiligungskonzeptes sollen zu einer größeren Akzeptanz der Bevölkerung führen und gerade in dieser schwierigen Zeit einer möglichst breiten Masse die Beteiligung ermöglichen. Anschließend trägt er die folgende Passage aus dem mündlichen Bericht der Verwaltung (Inhalt der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 18.12.2019 zu Tagesordnungspunkt 44) vor:

„Wir wollen...

- *alle Bürgerinnen und Bürger informieren und lokales Wissen mit einbeziehen*
- *Schlüsselpersonen identifizieren und ins Gespräch kommen (Polizei, Engagierte etc.)*
- *die umliegenden Institutionen und Eigentümer/innen einbeziehen*
- *Veranstaltungen vor Ort organisieren, bei denen sich eine Vielzahl und Vielfalt an Menschen einbringen können*
- *eine gute Diskussionskultur aufbauen*
- *den aktuellen Sachstand mit der Politik rückkoppeln*
- *noch einmal die Bedarfe für den Stadtteil identifizieren (Nahversorgung, Wohnen, Treffpunkte etc.)*
- *den gesamten Stadtteil und auch das Quartier an sich betrachten*
- *auch den öffentlichen Raum (Plätze, Straßen) in den Blick nehmen“*

Die Verwaltung hat der Bürgerinitiative ein digitales Treffen vorgeschlagen, aber auch die Möglichkeit eines persönlichen Treffens, unter Einhaltung der aktuell erforderlichen Hygienemaßnahmen, angeboten. OB Hebich stellt klar, dass in der Vergangenheit nicht über digitale Beteiligungsformen gesprochen wurde. Allerdings hat sich durch die Coronakrise einiges in Richtung der Digitalisierung verändert. Daher möchte die Verwaltung die Chance ergreifen, durch das Anbieten dieser digitalen Beteiligungsformen noch mehr Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Abschließend führt OB Hebich aus, dass in der Vergangenheit immer davon gesprochen wurde, das Quartier ganzheitlich zu betrachten. Es besteht die Chance, über ein städtebauliches Förderprojekt Mittel für den Stadtteil zu erhalten. Dafür bedarf es einer gesamtheitlichen Betrachtung des Quartiers und einer gewissen Vorlaufzeit. Für die Verwaltung scheint es realistisch, dass in der Zukunft Mittel für den Stadtteil zur Verfügung stehen. Dafür ist es notwendig, ein umfassendes Partizipationsverfahren zu machen und ein Konzept zu entwickeln, dass die breite Masse der Bevölkerung mitträgt. Dadurch können Versäumnisse in der Vergangenheit jetzt angegangen werden.

Zu Herrn Hildebrandt:

Die Verwaltung hat ein Beteiligungsformat entwickelt, es wird ein Faktencheck durchgeführt und es sollen Bürgerbegegnungen vor Ort ermöglicht werden. Es sollen die Meinungen abgefragt werden, was die Bürgerinnen und Bürger wollen. Es wird keine Veranstaltung werden, bei der die Verwaltung lediglich die Bürger informiert, was in dem Stadtteil geplant ist. Sie dient der Gesamterfassung der Probleme und Wünsche in dem Quartier. Wichtig ist hierbei, dass alle Bürgerinnen und Bürger des Quartiers erreicht werden. Es soll jeder die Möglichkeit haben, seine Meinung abzugeben. Dadurch kann sich die Verwaltung ein genaueres Gesamtbild der Situation vor Ort machen. OB Hebich verweist für die weiteren Fragen auf die Beantwortung zu Herrn Jünger.

Herr Hildebrandt möchte bestätigt haben, dass die Bürgerinitiative bei den Informationsveranstaltungen einen eigenen Stand aufbauen darf.

OB Hebich erklärt, dass dies der Bürgerinitiative nicht verwehrt wird.



Aktenzeichen: 101/Sc

Datum:

Hinweis:

Einführung des Jobtickets

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top 1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: 41
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:
					Enthaltungen: 2
Laut Beschluss- vorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 101					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

- Die Verwaltung wird ermächtigt, die Vereinbarung über die Ausgabe von Job-Tickets im Verkehrsverbund Rhein-Neckar“ mit den nachfolgenden Unternehmen abzuschließen:
 - Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim (Verkehrsunternehmen)
 - Verkehrsverbund Rhein-Neckar-GmbH, B 1, 3-5, 68159 Mannheim (Vertragspartner)
- Die Verwaltung wird ermächtigt als Arbeitgeberin den Pauschalsteuersatz in Höhe von 25 % gem. § 40 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 Einkommenssteuergesetz (EStG) zu übernehmen.

Protokoll:

OB Hebich erläutert die Vorlage ausführlich.

RM Böstler erklärt, dass die voraussichtlichen Kosten in Höhe von 58.000 € zu hoch sind für die interessierten 87 Mitarbeiter und dass dieses Geld besser in die Schulen investiert werden sollte. Die FDP-Stadtratsfraktion wird sich der Stimme enthalten.

Die übrigen Stadtratsfraktionen begrüßen die Einführung des Jobtickets und bekunden ihre Zustimmung.



Aktenzeichen: 40-1/Wz

Datum:

Hinweis:

Weiterzahlung von Beförderungsentgelten im Rahmen der Corona-Krise

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top 2	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 40					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Verwaltung wird im Rahmen der Leistung Freigestellter Schülerverkehr zur Prüfung und Zahlung möglicher anteiliger Beförderungstagesätze, an die um finanzielle Unterstützung ersuchenden Beförderungsunternehmen, für die Ausfalltage, die im Zusammenhang mit der Corona-Krise und der Schließung der Schulen sowie des Schullandheims Hertlingshausen stehen, nach Klärung folgender Punkte ermächtigt:

1. Detaillierte Darlegung der Kosten sowie Einnahmen durch die Beförderungsunternehmen.
2. Schriftliche Zustimmung der Beförderungsunternehmen, dass bei einer möglichen anteiligen Weiterzahlung der Beförderungsentgelte kein/e Mitarbeiter/-innen entlassen, den Mitarbeiter/n/-innen das volle Gehalt weitergezahlt bzw. evtl. Kurzarbeitergeld aufgestockt wurde/wird.
3. Schriftliche Erklärung der Beförderungsunternehmen, dass sämtliche Unterstützungsleistungen von Bund, Ländern und anderweitigen öffentlichen Einrichtungen vorrangig genutzt werden und diese uns nachzuweisen sind. Kurzarbeitergeld sowie anderweitige Unterstützungen aus krisenbedingten Hilfsprogrammen sind auf die Zahlungen anzurechnen.

Protokoll:

Bgo Leidig stellt die Vorlage ausführlich vor.

RM Dr. Bruder bittet darum, dass vor der endgültigen Entscheidung über die Höhe der einzelnen Beträge die Fraktionen genauere Informationen über die Situation der betroffenen Verkehrsunternehmen erhalten. Dieser Vorlage wird die Stadtratsfraktion Die Grünen / offene Liste zustimmen.

Die übrigen Stadtratsfraktionen möchten ebenfalls weitere Informationen erhalten und werden dieser Vorlage ebenfalls zustimmen.



Aktenzeichen: 613 OM

Datum:

Hinweis:

Vorschlag für ein Haupttroutennetz für den Radverkehr in Frankenthal (Pfalz)

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top 3	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an:					
61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Den Radverkehrs-Haupttrouten gemäß Karte 1 (Eppstein – Am Römig) wird zugestimmt.
2. Den Radverkehrs-Haupttrouten gemäß Karte 2 (Eppstein und Flomersheim) wird zugestimmt.
3. Den Radverkehrs-Haupttrouten gemäß Karte 3 (Studernheim) wird zugestimmt.
4. Den Radverkehrs-Haupttrouten gemäß Karte 4 (Flomersheim und Kernstadt Südwest) wird zugestimmt.
5. Den Radverkehrs-Haupttrouten gemäß Karte 5 (Kernstadt Nordwest) wird zugestimmt.
6. Den Radverkehrs-Haupttrouten gemäß Karte 6 (Frankenthal Nordost) wird zugestimmt.
7. Den Radverkehrs-Haupttrouten gemäß Karte 7 (Frankenthal Südost) wird zugestimmt.
8. Den Radverkehrs-Haupttrouten gemäß Karte 8 (Zentrum) wird zugestimmt.

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 3 und 4 gemeinsam auf. Er erläutert die Vorlagen ausführlich.

RM Haselmaier erklärt, dass im Ortsbeirat Flomersheim die Frage zur Falterstraße gestellt wurde, was die Aussage auf Seite 3 bedeutet. In der Ergänzungsdrucksache ist die Frage aufgeführt aber nicht beantwortet.

OB Hebich führt aus, dass in den Vorlagen lediglich der Rahmen für das zukünftige Radverkehrskonzept gesetzt wird. Die aufgeführten Straßen werden später bei Ausbaumaßnahmen priorisiert werden. Es ist aktuell noch nicht absehbar, ob in der Falterstraße später noch verkehrsrechtliche Anordnungen getroffen werden. Daher werden in der Vorlage zwei Alternativen aufgezeigt.

RM Haselmaier bittet um eine schriftliche Beantwortung der noch offenen Frage des Ortsbeirates Flomersheim.

Die Stadtratsfraktionen begrüßen die Vorlagen.

Abschließend wird die Vorlage XVII/0317 mit den Ergänzungen der Vorlage XVII/0683 einstimmig beschlossen.



Aktenzeichen: 613 OM

Datum:

Hinweis:

Vorschlag für ein Haupttroutennetz für den Radverkehr in Frankenthal (Pfalz)

Ergänzung zur Drucksache XVII/0317

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top 4	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 61						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. In Mörsch wird die Straße Am Nußbaum zwischen Frühlingstraße und Roxheimer Straße aus dem Haupttroutennetz heraus genommen und stattdessen eine Alternativverbindung über den nördlich gelegenen Weg entlang des Friedhofs angeboten.
2. Der nördliche Teil des Kreuzweges zwischen dem Trappenweg und der L 453 wird mit in das Haupttroutennetz aufgenommen.

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 3 und 4 gemeinsam auf. Die Protokollierung erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt 3.



Aktenzeichen: 61/Dz

Datum:

Hinweis:

Bürgerbeteiligungsprozess Pilgerpfad, Veränderte Konzeption zur Bürgerbeteiligung

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top 5	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 61						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der in Anlage beigefügten veränderten Konzeption des Bürgerbeteiligungsprozesses wird zugestimmt.

Protokoll:

OB Hebich ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Frau Denzer, Bereichsleiterin des Bereichs Planen und Bauen, und Herrn Dr. Fries, Firma Stadtberatung Dr. Sven Fries.

Frau Denzer und Herr Dr. Fries erläutern den geplanten weiteren Verlauf des Bürgerbeteiligungsprozesses Quartiersentwicklung Pilgerpfad – Bebauung am Jakobsplatz – ausführlich anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation.

Die Stadtratsfraktionen begrüßen den weiteren Verlauf des Bürgerbeteiligungsprozesses und bekunden ihre Zustimmung.



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

Kommunaler Solidarpakt 2020 - schnelle Hilfe jetzt hier: Resolutionsantrag der SPD-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top 6	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 20					

Der Stadtrat der Stadt Frankenthal möge beschließen:

Mit der Corona Krise hat sich die finanzielle Situation der Stadt Frankenthal wie die aller anderen kommunalen Gebietskörperschaften dramatisch verschlechtert. Heftige Gewerbesteuer- und Einkommensteuerausfälle und deutlich höhere Sozialausgaben werden die Bemühungen der Stadt um einen ausgeglichenen Haushalt und die Zurückführung der über die Jahre angehäuften Kassenkredite durchkreuzen.

Frankenthal und viele andere Kommunen sind bereits durch diese hohen Altschulden in Form der Kassenkredite erheblich vorbelastet und in ihren Gestaltungsräumen eingeschränkt. Diese Kommunen sind unter den direkten Wirkungen der Corona-Pandemie und ihren mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Folgen alleine nicht in der Lage sich von diesen hohen Belastungen zu befreien. So sind auf Dauer notwendige Investitionen in die Daseinsvorsorge, u.a. in Schulen und Kitas stark gefährdet.

Daher sind die Vorschläge des Bundesfinanzministers Olaf Scholz für ein großes „Kommunalentlastungspaket“ auch für Frankenthal die richtige Lösung. Dieser Vorschlag sieht eine

- Beteiligung des Bundes am Ausgleich der durch die Corona-Pandemie verursachten Gewerbesteuerausfälle und
- die Befreiung der Kommunen von den Altschulden vor.

Das Land Rheinland-Pfalz hat mittlerweile schon erklärt, dem Vorschlag des Bundes zu folgen und zusätzliche Hilfen umzusetzen, es bereitet die ersten Schritte zur Umsetzung bereits vor.

Durch dieses Hilfsangebot des Bundesfinanzministers ist eine schnelle Hilfe und die notwendige Investitionsfähigkeit unserer Stadt gewährleistet. Nur so haben wir eine Perspektive für aktive Gestaltung im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und eine gute Zukunftsfähigkeit!

Wir fordern unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten auf, sich im Interesse der Stadt Frankenthal und der anderen durch Altschulden belasteten Gebietskörperschaften entschieden dafür einzusetzen, dass das Hilfsangebot des Bundes jetzt schnell angenommen und umgesetzt wird.

Für die SPD-Stadtratsfraktion

gez.

Aylin Höppner

Protokoll:

RM Höppner erläutert den Resolutionsantrag ausführlich. Anschließend erläutert RM Baldauf ausführlich den dem Protokoll beigefügten Änderungsantrag von CDU, FDP und FWG.

Die Stadtratsfraktionen diskutieren intensiv über die beiden Anträge. OB Hebich unterbricht anschließend die Sitzung von 19:17 Uhr bis 19:30 Uhr zur weiteren Beratung innerhalb der Stadtratsfraktionen.

RM Höppner erklärt, dass die SPD-Stadtratsfraktion den Änderungsantrag von CDU, FDP und FWG unterstützen wird, sofern folgende Änderungen eingearbeitet werden:

- Ziffer 1
Ergänzung „Bundes- und die“
- Ziffer 3
komplett streichen
- Nach Ziffer 5
der Appell der SPD wird eingefügt

OB Hebich schlägt einen geänderten Wortlaut des Appells vor. Abschließend lässt er über den geänderten Änderungsantrag der CDU abstimmen. Dieser wird einstimmig beschlossen.

Fassung des beschlossenen Resolutionsantrags:

1. Der Stadtrat und Oberbürgermeister fordern die Bundes- und die Landesregierung auf, zeitnah ein Konzept vorzulegen, wie eine künftige Neuverschuldung der Kommunen vermieden und eine gerechte Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs erzielt werden kann.
2. Der Stadtrat und Oberbürgermeister fordern die Landesregierung auf, zeitnah ein Konzept vorzulegen, wie die kommunalen Liquiditätsschulden durch das Land übernommen werden können. Da bei einer Beteiligung des Bundes eine hälftige Beteiligung des Landes vorgesehen ist, sollten damit bereits 50 % der kommunalen Altschulden auf die Landesebene überführt werden.
3. Der Stadtrat und Oberbürgermeister begrüßen grundsätzlich, wenn eine Beteiligung des Bundes an der Altschuldenlösung der Kommunen erzielt werden kann. Aufgrund der Tatsache, dass eine solche Lösung der Zustimmung des Bundesrates bedarf, fordern wir die Landesregierung auf, zeitnah Gespräche mit den anderen Bundesländern über die Umsetzung eines nationalen Konsenses zu führen.
4. Der Stadtrat und Oberbürgermeister unterstützen ausdrücklich den Willen von Bund und Land, in diesem Jahr für den Ausfall der Gewerbesteuererinnahmen aufkommen zu wollen. Dieser Ausgleich muss zeitnah erfolgen, sodass die Kommunen frühzeitig für die Haushaltsberatungen planen können.

Wir fordern unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten auf, sich im Interesse der Stadt Frankenthal und der anderen durch Altschulden belasteten Gebietskörper-

schaften entschieden dafür einzusetzen, die Überlegungen des Bundesministers der Finanzen anzunehmen und sich für das hierfür erforderliche Konzept des Landes für eine nachhaltige Schuldenreduzierung einzusetzen und für eine zeitnahe Umsetzung zu sorgen.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

**Zukunft der Fachstelle Sucht und Beratung
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top 7	Öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:		Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 51								

Die Fachstelle Sucht und Beratung soll nach der Aussage der evangelischen Heimstiftung in Frankenthal nicht mehr von dieser weitergeführt werden, Ende soll der 31.12.2020 sein.

Hierzu haben wir folgende Fragen:

- 1) Konnte die Heimstiftung dazu bewegt werden, ihre Entscheidung zu überdenken und die Fachstelle fortzuführen?
- 2) Falls nein: Hat die Stadt Erkenntnisse darüber, ob das Land als Träger einspringen wird und die Fachstelle fortführt und in welcher Form?
- 3) Falls nein: wie soll die Zukunft der Fachstelle gesichert werden?

Gabriele Bindert
Vorsitzende

Protokoll:

RM Baldauf erläutert die Anfrage ausführlich.

Bgo Leidig nimmt wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Die Fachstelle Sucht wird von der Heimstiftung nur noch bis Ende des Jahres 2020 weitergeführt. In intensiven Gesprächen konnte die Heimstiftung nicht dazu gebracht werden, Ihre Entscheidung zu überdenken und die Fachstelle über das Jahr 2020 hinaus fortzuführen.

Zu Frage 2:

Das Land wird nicht als Träger einspringen. Bei der Suchtberatung handelt es sich um eine kommunale Aufgabe, welche nicht vom Land übernommen wird. Vom Land gibt es allerdings Zuschüsse.

Zu Frage 3:

Die Zukunft der Fachstelle Sucht soll in Frankenthal auf jeden Fall gesichert werden. Dazu werden Gespräche mit dem Landkreis, der Diakonie und anderen Trägern sowie mit der Stadtklinik Frankenthal geführt. Dabei wird die für Frankenthal beste Lösung gesucht.



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

**Öffnung der Kindertagesstätten
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top 8	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 51					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,

in der Rheinpfalz vom 20.05. wurde über die neuen Vorgaben zur Öffnung der Kitas in Rheinland-Pfalz berichtet (Leitlinien für eine Kindertagesbetreuung unter den Bedingungen eines ‚Alltags mit Corona‘). Für jede Kindertageseinrichtung soll vom Träger entschieden werden wie viel Betrieb möglich sein wird.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Die Vorgaben des Landes, dass sich zur Begrenzung des Ansteckungsrisikos die einzelnen Gruppen und die dazugehörigen Betreuungskräfte zu keinem Zeitpunkt begegnen dürfen sind sehr ambitioniert. Können diese Vorgaben eingehalten werden?
2. Welche Kitas werden unter diesen Vorgaben ab Anfang Juni (bis spätestens 8. Juni) in Frankenthal öffnen?
 - a. Wie viele Kinder werden in den jeweiligen Einrichtungen betreut?
 - b. In welchem Zeitrahmen (tage- oder stundenweise) wird eine Öffnung für wie viele Kinder angeboten?
 - c. Wird ein Schichtsystem angeboten?
 - d. Können alle Kinder berücksichtigt werden, die nach den Sommerferien in die Schule kommen?
 - e. Wie viele gemischte Gruppen (überwiegend mit Kindern unter drei Jahren) mit maximal 10 Kindern werden zur Verfügung stehen?
 - f. Sind Neuaufnahmen von Kindern möglich?

3. Wie viele Erzieher*innen stehen für die Öffnung der Kitas zu Verfügung?
 - a. Welche Sicherheitsmaßnahmen sind für die Erzieher*innen vorgesehen. Gibt es ausreichend Schutzmaterial (z.B. Schutzmasken, eventuell Schutzkleidung)?
 - b. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Erzieher*innen, die von einer Covid-19-Erkrankung besonders gefährdet und nicht zur Verfügung stehen können?

4. Ist in Frankenthal weiterhin eine Notbetreuung für Alleinerziehende und Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, garantiert?
 - a. Ist eine Notbetreuung nur bei voller Berufstätigkeit gewährleistet oder auch bei Tätigkeiten in Teilzeit. Wenn ja, ab welcher Stundenzahl in Teilzeit?
 - b. Wie hoch ist gegenwärtig der prozentuale Anteil der Kinder in Notbetreuung?
 - c. Laut Leitlinien soll Kindern und Eltern, die dies benötigen, auch während der Schließzeiten im Sommer – ggf. einrichtungsübergreifend – ein Betreuungsangebot bereitgestellt werden. Ist eine Betreuung für die Sommerferien geplant?

Begründung:

Die Betreuung von Kita-Kindern durch Alleinerziehende Eltern und Eltern, die beide berufstätig sind stellt eine große Herausforderung dar. Bisher wurde im ersten Schritt nur Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, im zweiten Schritt dann Alleinerziehenden, die keinerlei anderweitige Unterbringungsmöglichkeit für ihre Kinder haben, eine Notbetreuung angeboten. Für andere bestand die Gefahr ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder ihre Arbeitszeit reduzieren zu müssen. Alleinerziehende und Eltern im Home-Office sind zunehmend erschöpft, da sich durch die Betreuung die Arbeitszeit in die Abend- und Nachtstunden verschiebt. Umso erfreulicher ist, dass nach fast 3 Monaten die Kita-Öffnung ermöglicht werden soll. Für eine realistische Abschätzung was die Eltern erwarten können, bitten wir um die Beantwortung der Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Aylin Höppner
SPD-Fraktionsvorsitzende

Protokoll:

RM Dr. Werle-Schneider erläutert die Anfrage ausführlich.

Bgo Leidig nimmt wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Die Kinder werden in sogenannten getrennten Betreuungssettings (maximal 15 Plätze) betreut; sodass keine Mischung der Gruppen erfolgt. Nach derzeitiger Planung ist dies gewährleistet

Zu Frage 2:

Einrichtungsspezifisch wird in allen städtischen Einrichtungen der eingeschränkte Regelbetrieb eingeführt. Die Umsetzung ist einrichtungsspezifisch in Abhängigkeit von vorhandenen Räumlichkeiten und Personal.

a:

Alle bereits angemeldeten Kinder erhalten – laut derzeitiger Planung und sofern es von den Eltern gewünscht wird – Zugang zu den jeweiligen Einrichtungen. Dies umfasst 1.303 Kinder.

b:

Dies ist von Einrichtung zu Einrichtung unterschiedlich. Neben den bestehenden Notgruppen liegen die Settings für die Vorschulkinder (insg. 314) und diejenigen Kinder, die bislang noch nicht in der Einrichtung waren, 1-5 mal wöchentlich vor- oder nachmittags; in der Regel ist dies aber kein durchgängige Angebot sondern kann nur im täglichen oder wöchentlichen Wechsel erfolgen.

c:

in der Regel handelt es hierbei um ein Wechselsystem (tage- bzw. wochenweise); in einer Einrichtung erfolgt die Belegung eines Raumes nacheinander.

d:

Ja

e:

Voraussichtlich vier bis sechs Gruppen

f:

Im ersten Schritt wurde der eingeschränkte Regelbetrieb organisiert. Aufgrund fehlender personeller und räumlicher Kapazitäten werden Neuaufnahme nur sehr begrenzt und in einem pädagogisch anderen Rahmen erfolgen können.

Zu Frage 3:

Grundsätzlich alle Erzieherinnen und Erzieher. Es sind aktuell 16 Stellen vakant und es gibt das Thema der Risikovererkrankungen.

a:

Es wurden neben Reinigungs- und Desinfektionsmittel, Mund-Nasen-Schutz für alle, KN95 - Masken (vergleichbar mit FFP2 Masken) sowie Schutzbrillen nach angemeldetem Bedarf zur Verfügung gestellt. Abgefragt wird derzeit der Bedarf nach Visieren.

b:

Zwischenzeitlich waren rund 40 MitarbeiterInnen mit ärztlicher Bestätigung als Risikovererkrankte gemeldet und befanden sich im Homeoffice. Derzeit wird angefragt ob diese Risikovererkrankung entsprechend den Leitlinien der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin entspricht.

Zu Frage 4:

Die Notbetreuungsgruppen mit maximal 15 Plätze werden weiterhin geführt. Allerdings besteht je nach Einrichtung nur ein gewisser Puffer für neu angemeldete Notbetreuungsplätze.

a:

Die Notbetreuung erfolgt entsprechend dem Stundenumfang an welchem aufgrund von Berufstätigkeit keine häusliche Betreuung erfolgen kann. Ein Ausweiten der ursprünglichen Betreuungszeiten ist aber auch nur bedingt möglich.

b:

In KW 26 lag dieser bei 28,3% mit steigender Tendenz

c:

In der Vergangenheit wurde während der Sommerferien immer Notbetreuung für die Kinder angeboten, deren Eltern während der dreiwöchigen Sommerschließzeit keinen Urlaub von Seiten des Arbeitgebers bekamen. Diese Kinder wurden in den Einrichtungen welche geöffnet waren im laufenden Betrieb mitbetreut. Dies kann in diesem Jahr nicht fortgeführt werden. Es wird derzeit überlegt wie eine Betreuung, voraussichtlich nur Notbetreuung, gewährleistet werden kann.



XVII. Wahlperiode 2019 – 2024

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 03.06.2020	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an:					

Protokoll:

OB Hebich gibt folgende Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt:

TOP 9: Anmietung von Räumen im Nachtweideweg	einstimmig beschlossen
TOP 10: Kauf von Räumen in der Hammstraße	einstimmig beschlossen
TOP 11: Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 12: Einstellung	einstimmig beschlossen